



Auf dem Gelände der ehemaligen Blücher-Kaserne in Aurich soll ein neuer Stadtteil entstehen.

ARCHIVBILD: ORTGIES

CDU setzt große Hoffnung in die Kaserne

INFRASTRUKTUR Auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände in Aurich sollen neue Wohnungen entstehen

Seit Jahren wird in Aurich über die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum diskutiert. Die CDU-Fraktion sieht die Lösung auf dem Kasernengelände.

VON MARION LUPPEN

AURICH - Bei der Schaffung neuer, günstiger Mietwohnungen in Aurich setzt die CDU-Stadtratsfraktion große Hoffnungen in das Gelände der ehemaligen Blücher-Kaserne. „Wenn es dort richtig losgeht, können in kurzer Zeit viele Wohnungen entstehen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Arnold Gossel am Freitag in einem Pressegespräch.

Gossel erinnerte an eine Machbarkeitsstudie, die der Emdener Architekt Matthias Knopf bereits 2014 im Rathaus vorgestellt hatte. Demnach kann man in den drei H-förmigen Gebäuden im nördlichen Teil des Bundeswehrgeländes je 50 Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von 70 Quadratmetern bauen – ohne viel an der Gebäudestruktur zu ändern.

„Der Ostfrieser liebt sein Einfamilienhaus“, sagte der CDU-Ratsherr Bodo Bargmann. Doch mittlerweile seien auch Geschosswohnungen in der Stadt immer gefragt, gerade bei Zugezogenen. „Die finden das normal.“ Der Sanierungs- und Konversionsausschuss, dessen Vorsitzender Bargmann ist, wird sich in der kommenden Woche mit dem Thema

befassen. Geplant sei zudem eine Exkursion nach Osnabrück, sagte Bargmann. Dort wolle man sich gelungene Beispiele für die zivile Nutzung von Bundeswehrliegenschaften anschauen.

Gossel wies darauf hin, dass Aurich dank vieler neuer Arbeitsplätze seit 2007 um rund 1500 Einwohner gewachsen sei: auf 42 894. Die „fetten Jahre“ seien zwar vorbei, doch die Stadt habe kräftig in Kindergärten, Krippen und Schulen investiert. „Alles, was für junge Familien interessant und wichtig ist, haben wir.“

Der CDU-Ratsherr Thomas Janßen wertete es als großen Erfolg seiner Fraktion, dass trotz der angespann-

ten Haushaltslage keine Regenwassergebühr eingeführt worden ist und dass die geplante Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vom Tisch ist. Das sei keine Klientelpolitik, sondern wichtig für die ganze Stadt. Aurich stehe im Wettbewerb mit den

Nachbargemeinden, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen gehe. Daher dürfe man diese nicht mit hohen Steuern und Gebühren abschrecken und so das Wachstum abwürgen.

Bargmann wies darauf hin, dass Steuern und Gebühren auch Mieter treffen, da sie von den Vermietern als Nebenkosten auf die Mieter umgelegt werden. Daher würde die Einführung einer

„Das macht uns schon Sorgen“

THOMAS JANßEN

Regenwassergebühr oder die Erhöhung der Grundsteuer es erschweren, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Kehrseite der Medaille ist der hohe Schuldenstand der Stadt: Ende 2018 lag er bei fast 100 Millionen Euro (63 Millionen Euro Kassenkredite und 34,5 Millionen Euro langfristige Kredite). Gerade das hohe Niveau der Kassenkredite sei „nicht schön“, sagte Janßen. „Das macht uns schon Sorgen.“ Durch die niedrigen Zinsen sei es aber zu verschmerzen.

Die Christdemokraten sind zuversichtlich, dass der Haushalt für 2019 wie geplant Ende Februar vom Rat beschlossen wird. Mit dem Entwurf sei seine Fraktion „im Großen und Ganzen zufrieden“, sagte Gossel.